

B

**BERICHT
AUS DEM LANDTAG**

Ausgabe November 2015

EDITORIAL

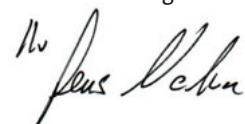


Sehr geehrte Damen
und Herren,

die schrecklichen Terrorakte vom 13. November in Paris haben uns alle tief erschüttert. Unsere Gedanken sind bei den Familien und Freunden der vielen Opfer der feigen Anschläge. Die Absage des Fußballländerspiels in Hannover hat uns zusätzlich vor Augen geführt, wie dicht die lebensbedrohende Gefahr auch an unser eigenes Leben gerückt ist. Unsere Verantwortungsträger haben die richtige Entscheidung getroffen. Unsere Bewunderung gilt der Polizei, die zugleich kraftvoll und besonnen reagiert hat.

Nunmehr ist es die Aufgabe der Sicherheitsbehörden, potentielle Täter zu ermitteln und aus dem Verkehr zu ziehen. Es ist unsere gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe, die Sicherheitsbehörden dazu in die Lage zu versetzen. Die alarmierenden Mahnungen aus den Reihen der Polizei, man sei an der Belastungsgrenze angelangt, verlangen nach einem entschlossenen politischen Handeln.

Die Polizei und insbesondere auch der Verfassungsschutz müssen so mit Personal und Material ausgestattet werden, dass sie ihrer Aufgabe gerecht werden können. Es ist Aufgabe der Landesregierung, die Sicherheit und Ordnung im Land zu gewährleisten. Leider sind SPD und Grüne in Niedersachsen nicht bereit, ihre Verantwortung wahrzunehmen.



Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

DIE ROT- GRÜNEN LÜGEN IN DER ASYLPOLITIK

THEMA DES MONATS

DIE ROT-GRÜNEN LÜGEN IN DER ASYLPOLITIK

Zentrale Aussagen von Ministerpräsident und Innenminister zu den Themen Abschiebung, Registrierung und Unterbringung im Faktencheck

Rund 90.000 Flüchtlinge hat Niedersachsen seit Anfang des Jahres aufgenommen – Tendenz weiter steigend. Schätzungen zufolge wird das Land Niedersachsen im Jahr 2015 insgesamt knapp 140.000 Flüchtlinge aufnehmen müssen. Eine immense Herausforderung vor allem für die Kommunen und die zahlreichen ehrenamtlichen Helfer, die dringend eine Verschnaufpause bräuchten.

Doch trotz der sich immer weiter zuspitzenden Lage in den Kommunen – auch die per Amtshilfeersuchen durch das Innenministerium akquirierten Plätze sind längst belegt – weigert sich die rot-grüne Landesregierung, den Tatsachen ins Auge zu sehen. „Was wir brauchen, ist endlich mehr Ordnung und Steuerung in der Asylpolitik“, fordert die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Editha Lorberg. „Je eher sich Rot-Grün von ideologischen Tagträumereien verabschiedet und in der Wirklichkeit ankommt, desto schneller werden wir in Niedersachsen zu der pragmatischen Flüchtlingspolitik gelangen, die wir in der aktuellen Situation so dringend benötigen.“

Doch bislang liegen zwischen dem, was die Regierung Weil sagt und dem was sie tut, oft Welten – wie der folgende Faktencheck vier zentraler Aussagen von Ministerpräsident Weil und Innenminister Pistorius zur rot-grünen Asylpolitik in Niedersachsen deutlich zeigt:

FAKTENCHECK:

THEMA ABSCHIEBUNGEN:

„Die Menschen, die kein Bleiberecht haben, werden von uns konsequent abgeschoben. Punkt.“ (Innenminister Pistorius im Interview mit der Hannoverschen Allgemeinen in der Ausgabe vom 27. Oktober 2015)

Tatsächlich hielten sich laut Auskunft des Innenministeriums zum Stichtag 30. September 2015 insgesamt 18.860 ausreisepflichti-

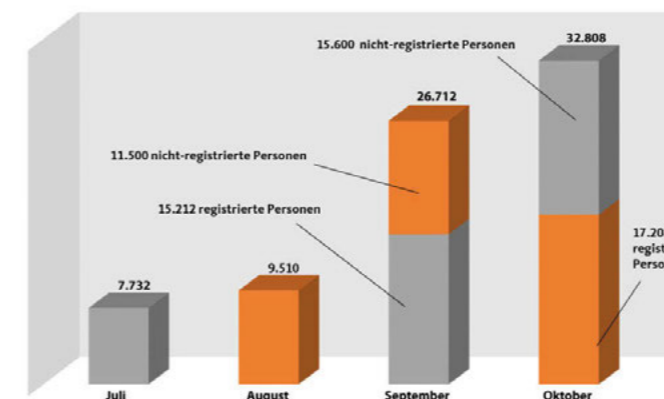


Editha Lorberg, MdL – stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion

ge Personen in Niedersachsen auf. Bei 14.823 Personen wurde der Vollzug der Abschiebung aus unterschiedlichen Gründen vorübergehend ausgesetzt. Im Vergleich zum August dieses Jahres ist die Zahl der Ausreisepflichtigen damit sogar noch weiter angestiegen. Allein im Oktober wurden in Niedersachsen weitere 634 Asylanträge abgelehnt.

In ihre Heimat zurückgeführt wurden im Oktober 2015 gerade einmal 75 ausreisepflichtige Ausländer – weitere 14 Personen wurden im Rahmen der Dublin-III-Verordnung in ein anderes EU-Land abgeschoben. Demgegenüber stehen insgesamt 184 gescheiterte Abschiebungsversuche – in 81 Fällen tauchten abgelehnte Asylbewerber vor ihrer Rückführung unter.

Trotz der vom Innenminister angekündigten konsequenten Rückführung werden zudem weiterhin Asylbewerber aus sicheren Herkunftstaaten mit entsprechend geringen Chancen auf ein dauerhaftes Bleiberecht auf die Kommunen verteilt. Noch im Oktober wurden insgesamt 1263 Personen aus Ländern wie Albanien, Mazedonien oder dem Kosovo in kommunalen Einrichtungen untergebracht. Zusammengefasst stammen 28 Prozent der auf die niedersächsischen Kommunen verteilten Asylbewerber aus Europa und stellen damit nach den Syrer mit 35 Prozent die zweitgrößte Personengruppe.



Anzahl der Asylsuchenden, die in den Monaten Juli bis Oktober 2015 nach Niedersachsen gekommen sind.

(Quelle: Niedersächsisches Innenministerium)

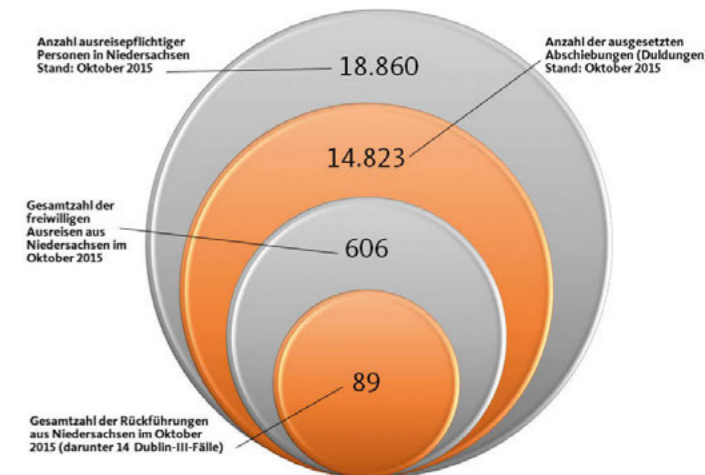
THEMA REGISTRIERUNG:

„Erst einmal müssen die Asylverfahren beim Bundesamt für Migration wesentlich kürzer werden, das ist der Flaschenhals (...).“ (Ministerpräsident Weil in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 22. September 2015)

Die Wahrheit ist: der tatsächliche Flaschenhals ist die Registrierung der Flüchtlinge in Niedersachsen – denn die lahmte gewaltig. Im September 2015 befanden sich in den Einrichtungen der Landesaufnahmebehörde mehr als 7.500 Menschen, die zwar über einen Hausausweis verfügten, ansonsten aber in keinem Landessystem erfasst waren.

Inzwischen wurden insgesamt 200 Landesbeamte für die Registrierung der ankommenden Flüchtlinge abgestellt – darunter auch 50 Polizisten. Angesichts der aktuell angespannten Sicherheitslage eine mehr als zweifelhafte Entscheidung. Denn mit tausenden angestauten Überstunden ist die Polizei in Niedersachsen längst am Ende ihrer Kapazitäten angelangt.

Die schleppende Registrierung zieht weitere Probleme nach sich: So hat eine Umfrage der Neuen Osnabrücker Zeitung unter 20 Landkreisen und kreisfreien Städten, die vom Land per Amtshilfeersuchen zur Aufnahme von Flüchtlingen verpflichtet wurden, ergeben, dass rund 700 der 4.000 zugewiesenen Personen aus Notunterkünften in Niedersachsen verschwunden seien. Vom Innenministerium heißt es dazu in der Antwort auf eine Mündliche Anfrage der CDU-Fraktion ganz lapidar: „Vor diesem Hintergrund ist für Asylsuchende, die noch nicht registriert worden sind, noch keine Aufenthaltsbeschränkung eingetreten, gegen die verstoßen werden könnte.“ Heißt im Klartext: Solange die Flüchtlinge nicht registriert sind, können sie nach Auffassung des niedersächsischen Innenministeriums gehen, wohin sie wollen.



Im Oktober 2015 hielten sich in Niedersachsen insgesamt 18.860 ausreisepflichtige Personen auf - die Zahl der Rückführungen belief sich auf gerade einmal 89.

(Quelle: Niedersächsisches Innenministerium)

THEMA UNTERBRINGUNG:

„Denn wer wollte bestreiten, dass die Schaffung von mehr als 17.000 zusätzlichen Plätzen ein beachtlicher Erfolg der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses und der anderen Ministerien ist (...).“ (Innenminister Pistorius in der Landtagssitzung vom 13. Oktober 2015)

Nur wenige Tage nach dieser Aussage des Innenministers wurden 20 niedersächsische Kommunen per Amtshilfeersuchen zur Aufnahme von insgesamt 4.000 Flüchtlingen verpflichtet. Begründung: In den zentralen Aufnahmestellen des Landes gebe es keinen Platz mehr – den Flüchtlingen drohe die Obdachlosigkeit. Nach Angaben des Innenministeriums stehen dem Land derzeit offiziell 4.357 Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen sowie 23.514 Plätze in Notunterkünften zur Verfügung

Fakt ist: Ein Großteil der zusätzlichen Plätze ist innerhalb bereits bestehender Einrichtungen entstanden, die zu diesem Zeitpunkt jedoch schon hoffnungslos überfüllt waren. Zusätzlich entstandene Unterbringungsmöglichkeiten sind ausschließlich den Hilfsorganisationen zu verdanken, nicht den Ministerien. Ein weiterer nicht unerheblicher Teil sind Plätze in Einrichtungen der Bundeswehr.

Eine Umfrage der Unternehmensberatung Ernst & Young unter 300 deutschen Kommunen hat ergeben, dass vor allem in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen Aufnahmekapazität und erwartete Flüchtlingszahlen weit auseinanderklaffen. So fehlen den niedersächsischen Kommunen aktuell mehr als 100.000 Plätze um die für 2015 insgesamt erwartete Anzahl Flüchtlinge aufzunehmen.

Die Forderungen der CDU-Landtagsfraktion zur Asylpolitik in Niedersachsen finden Sie in unserem aktuellen Flyer unter:

<http://www.cdu-fraktion-niedersachsen.de/themen/fluechtlingskrise-in-niedersachsen/>

AKTUELL

DER KAMPF UM DIE FÖRDERGELDER BEGINNT

Nächste Runde der Exzellenzinitiative startet Anfang 2016 – CDU will Niedersachsens Hochschulen optimal aufstellen

Nichts hat die Entwicklung der deutschen Hochschullandschaft in den letzten Jahren so stark beeinflusst, wie die 2005 ins Leben gerufene Exzellenzinitiative von Bund und Ländern. In zwei Förderphasen wurden bislang insgesamt 4,6 Milliarden Euro in die Hochschulforschung investiert. Langfristig wird sich die Initiative wohl zum umfangreichsten und erfolgreichsten Wissenschaftsförderprogramm entwickeln, das es in Deutschland je gegeben hat. Ziel ist es, die Universitäten und Fachhochschulen im Land für den internationalen Wettbewerb zu wappnen und die Spitzenforschung auszubauen.

Anfang 2016 geht die Exzellenzinitiative in die nächste Runde - geht es nach der CDU-Landtagsfraktion, sollen Niedersachsens Unis und FHs dann bestmöglich vorbereitet sein. Unter dem Motto „Hochschulentwicklung für die Zukunft – Erfahrungen und Perspektiven der Exzellenzinitiative“ diskutierten die Wissenschaftspolitiker der Fraktion deshalb im November mit zahlreichen Experten über die Fragen, wie sich die Hochschulen optimal für die nächste Förderrunde aufstellen können und wie das Land sie dabei unterstützen kann.

Hochschulen setzen auf inhaltliche Allianzen

Das Podium der Veranstaltung war hochkarätig besetzt: Die Hochschulpräsidenten Prof. Dr.-Ing. Hans Müller-Steinhagen (Rektor der Technischen Universität Dresden), Prof. Dr. Ulrike Beisiegel, (Präsidentin der Georg-August-Universität Göttingen) sowie Prof. Dr.-Ing. Dr. h. c. Jürgen Hesselbach, (Präsident der Technischen Universität Braunschweig) legten ihre Sichtweise auf die Exzellenzinitiative dar. Dabei wurde deutlich, dass die Hochschulen für die kommende Auswahlrunde vor allem auf inhaltliche Allianzen setzen, um ihre Chancen auf Förderung zu erhöhen.

Mit Blick auf die Struktur der Hochschullandschaft in Niedersachsen wünschten sich die Experten mehr Verständnis der Gutachter der Exzellenzinitiative für kleinere Verbünde und das hiesige System der Ingenieurwissenschaften. Auch Staatssekretär a.D. Dr. Josef Lange beschäftigte sich im Zusammenhang mit der Zerschlagung der Niedersächsischen Technischen Hochschule mit der Frage, ob Hochschulverbünde künftig die Chance auf Exzellenz erhöhen.

„Landesregierung muss aus ihrem Dornröschenschlaf erwachen“

Im Namen seiner Fraktion sicherte der stellvertretende Vorsitzende und wissenschaftspolitische Sprecher der CDU, Jörg Hillmer, den



Jörg Hillmer, MdL – stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion



Die Wissenschaftspolitiker der CDU-Fraktion diskutierten mit dem hochkarätig besetzten Podium über die Frage, wie sich Niedersachsens Hochschulen in der nächsten Auswahlrunde der Exzellenzinitiative optimal aufstellen können.

Hochschulvertretern volle Unterstützung auf dem Weg zur neuen Auswahlrunde zu. Er forderte darüber hinaus die Landesregierung auf, sich aktiv an der Ausgestaltung des Programms zu beteiligen. „Wissenschaftsministerin Heinen-Kljajic muss sich mehr engagieren. Die rot-grüne Landesregierung muss endlich aus ihrem Dornröschenschlaf erwachen, ihre Einflussmöglichkeiten nutzen und so die Chancen für den Wissenschaftsstandort Niedersachsen verbessern“, forderte Hillmer. Die Bundesländer haben noch bis Anfang des kommenden Jahres Zeit, ihre Vorschläge für die kommende Auswahlrunde einzubringen.

Der CDU-Hochschulexperte äußerte großes Verständnis dafür, dass sich die Hochschulen bei den Auswahlkriterien für die kommende Förderperiode Anknüpfungspunkte an die letzte Runde der Exzellenzinitiative wünschen. „Es hilft den Hochschulen nicht weiter, wenn alle paar Jahre das gesamte System auf den Kopf gestellt wird. Wir brauchen schnell klare Kriterien für die Auswahlrunde. Was die Hochschulen in Niedersachsen allerdings noch dringender brauchen, sind verlässliche Aussagen der Wissenschaftsministerin zu Verbesserungen bei der Grundausstattung. Nur auf einem soliden Fundament kann sich exzellente Forschung und Wissenschaft entwickeln“, sagte Hillmer. Er kündigte eine parlamentarische Initiative der CDU-Fraktion an, um die Landesregierung zum Handeln zu zwingen.

KLARTEXT:

PARIS UND SEINE FOLGEN

von Björn Thümmler

Die Wirkung von Bilder ist oftmals perfide. Millionen von Eindrücken nehmen wir täglich auf, verarbeiten, vergessen oder verdrängen sie. Oder aber, wir werden sie nicht mehr los, weil sie in unseren Köpfen Gedanken lostreten, Ängste freisetzen. So wie die Bilder der Pariser Attentate vom 13. November. Sie machen sprachlos und unendlich traurig. Sie entfalten eine unbequeme Botschaft: Denn gut besuchte Restaurants und Bars gibt es auch bei uns, Fußballspiele finden wöchentlich statt, Konzerte ebenfalls. Der islamistische Terror ist plötzlich ganz nah, nicht mehr auf sicherer Distanz in den Wüstengebieten des Iraks und Syriens.

In Paris wurde Europa angegriffen. Die Attentate zielten auf einen wesentlichen Teil im Fundament westlicher Demokratien: den freien und selbstbestimmten Lebensstil ihrer Bürger. Gerade weil uns diese Werte so vertraut sind, gerade weil sie ein selbstverständlicher Teil unseres Alltags sind, fühlen wir uns den Franzosen in diesen traurigen Tagen so nah und empfinden tiefes Mitgefühl für die Opfer und ihre Hinterbliebenen. Wir sprechen unseren französischen Nachbarn unsere Solidarität aus – und müssen gleichzeitig festhalten: Auch Deutschland ist im Visier islamistischer Terroristen. Nicht abstrakt, sondern ganz konkret.

Es war kein Zufall, dass die Attentate ausgerechnet während eines Fußballspiels der Franzosen gegen Deutschland stattfanden, das sich am Kampf gegen IS beteiligt, indem es die kurdischen Peschmerga militärisch ausbildet und mit Waffen beliefert. Das haben auch die dramatischen Ereignisse von Hannover gezeigt. Offenbar sollte auch hier während des Länderspiels gegen die Niederlande ein terroristischer Anschlag verübt werden. Wieder ein Fußballspiel, wieder ein Anlass, den man ohne böse Vorahnung besucht. Diese arglose Haltung ist es, die die Terroristen infrage stellen wollen. Sie wollen uns verängstigen, uns in permanente Sorge stürzen und so in unserer Freiheit einschränken. Deshalb rufen die Ersten: Jetzt erst recht! Besucht Veranstaltungen, lasst euch nicht einschränken und bietet dem Terror die Stirn!

Dieser Aufruf ist auch deshalb so vielfach zu hören, weil es in Deutschland ein Grundvertrauen in die Sicherheitsdienste und die Polizei gibt. Die Botschaft von Paris lautet indes: Die Lage ändert sich, die terroristische Bedrohung in Europa wird intensiver. Daraus müssen wir unsere Schlüsse ziehen: Bundes- und Landespolizei müssen verstärkt werden, um



Björn Thümmler, MdL – Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion
Foto: dpa

dieser neuen Herausforderung zu begegnen. Dasselbe gilt für den Verfassungsschutz, der in Niedersachsen unter Rot-Grün viel zu sehr auf den Rechtsextremismus ausgerichtet ist und noch zu wenig die Gefahr durch Salafismus und Dschihadismus berücksichtigt.

Auch müssen wir umgehend zu rechtsstaatlichen Verfahren bei der massenhaften Einreise von Flüchtlingen nach Deutschland gelangen. Dazu gehört die schnelle Registrierung der hierher kommenden Menschen. Wir müssen wissen, wer sich in unserem Land aufhält. Dazu gehört aber auch die zügige Abschiebung abgelehnter Asylbewerber, was SPD und Grüne in Niedersachsen weiterhin ignorieren.

Wenn das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung nicht erschüttert werden soll, müssen unsere Sicherheitsdienste noch intensiver IS-Heimkehrer und -Sympathisanten beobachten. Terror-Tourismus muss konsequent unterbunden werden. Wer als deutscher Mehrstaatler am Dschihad teilgenommen hat oder teilnehmen will, dem muss die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen werden.

Bei alledem dürfen wir eines nicht tun: hier lebende Muslime unter Generalverdacht stellen. Der IS steht nicht für den Islam, im Gegenteil. Das zeigen die vielen hier friedlich lebenden Muslime. Wer als Flüchtling dauerhaft hier bleiben will, muss aber unsere Werte und unseren Lebensstil respektieren. Diese Botschaft muss am Anfang stehen.

AKTUELL

INKLUSION EXKLUSIV

Rot-Grün zahlt ausschließlich staatlichen Schulen finanziellen Ausgleich für die Umsetzung der Inklusion – freie Schulträger werden mit Kosten alleingelassen

Die schulische Inklusion – der gemeinsame Unterricht für Schüler mit und ohne körperliche Beeinträchtigung – ist eine Aufgabe, die von allen Schulen in Niedersachsen umgesetzt werden soll. Doch während die kommunalen Schulen durch das neue Inklusionskostengesetz finanziell unterstützt werden, gehen die Schulen in privater und kirchlicher Trägerschaft leer aus. Bekannt wurde das jedoch erst kurz vor Ende des Gesetzgebungsverfahrens. „Genau wie bei den öffentlichen Schulen werden auch an den Schulen in privater und kirchlicher Trägerschaft Kinder mit Unterstützungsbedarf beschult. Es ist deshalb vollkommen unverständlich, warum sie keine Ausgleichszahlungen erhalten sollen“, sagt der schulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Kai Seefried. Trotzdem hat Rot-Grün es abgelehnt, die privaten und kirchlichen Träger doch noch im Gesetz zu berücksichtigen. Für die CDU-Fraktion absolut inakzeptabel – sie hat sich deshalb bei der Verabschiedung des Gesetzes enthalten. Einiges deutet auf eine gezielte Benachteiligung der freien Schulträger hin.

Rot-Grün täuscht Opposition bei Gesetzesberatung

„Wir haben auf eine gute Vorbereitung durch die Kultusministerin vertraut. Ein Fehler, wie sich jetzt gezeigt hat. Entgegen der Behauptungen der Landesregierung war das Gesetz keineswegs mit allen betroffenen Verbänden abgestimmt“, sagt Seefried. „Dass die freien Schulträger einfach vergessen wurden, ist schwer vorstellbar. Offenbar wurden sie bewusst im Unklaren gelassen, um Proteste zu vermeiden.“ Dementsprechend irritiert und verständnislos haben private und kirchliche Träger auf die fehlende Unterstützung durch die Landesregierung reagiert. Kein Wunder, denn Inklusion ist für die Schulen nicht nur eine pädagogische Herausforderung, sondern auch mit hohen Kosten verbunden. Beispielsweise sind gehbehinderte Schüler auf Rollstuhlrampen oder Aufzüge angewiesen, um die Klassenräume zu erreichen, während für hörgeschädigte Kinder spezielle Akustikdecken eingebaut werden müssen. Investitionen, die die Schulen in freier Trägerschaft nun alleine stemmen müssen. Dabei sieht das rot-grüne Schulgesetz vor, dass Schüler mit und ohne Behinderung an allen öffentlichen und privaten Schulen gemeinsam unterrichtet werden sollen.

Systematische Benachteiligung freier Schulträger

Dass die freien Schulträger keine finanzielle Hilfe bei der Bewältigung der Inklusionskosten erhalten, sei nur ein weiteres Beispiel einer systematischen Schlechterstellung, kritisiert Seefried: „Schon bei der besseren Ausstattung der Ganztagschulen und der Hilfe bei der Beschulung von Flüchtlingen sind die freien Schulträger von dieser Landesregierung benachteiligt worden. Rot-Grün hat mit dem Gesetz zu den Inklusionskosten erneut gezeigt, wie man



Kai Seefried, MdL- schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion



Schulische Inklusion: Rot-Grün benachteiligt freie Schulträger
Foto: dpa

etwas, das auf den Ersten Blick gut aussieht, richtig falsch machen kann.“ Dabei wäre es ein leichtes gewesen, die freien Schulen in das Gesetz aufzunehmen und auch die finanziellen Auswirkungen wären überschaubar geblieben. „Rot-Grün hat ein Gesetz verabschiedet, bei dem klar ist, dass es demnächst wieder geändert werden muss“, sagt Seefried. Ein erster Schritt in diese Richtung ist bereits getan. Im Anschluss an das Novemberplenar hat das Kultusministerium bekanntgegeben, dass bereits Termine mit den freien Trägern vereinbart wurden, um eine Regelung zu Ausgleichszahlungen zu besprechen. „Die Kultusministerin muss ihre Fehler umgehend korrigieren“, fordert Seefried. „Wenn die freien Träger weiterhin keine Hilfe bei der Umsetzung der Inklusion erhalten und deshalb auf Umbauten verzichten müssen oder Schüler mit Unterstützungsbedarf erst gar nicht aufnehmen können, trifft das genau diejenigen, die von der Inklusion profitieren sollen.“

AUS DEM PARLAMENT

ROT-GRÜN TREIBT LANDWIRTE ZUR VERZWEIFLUNG

Agrarminister drängt konventionelle Landwirtschaft ins gesellschaftliche Abseits – psychologische Beratungsangebote bleiben chronisch unterfinanziert

Vom Leistungsträger zum Leidtragenden: Lange waren Landwirte eine feste Instanz im ländlichen Raum – sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht. Heute fühlen sich Niedersachsens Landwirte immer öfter ins gesellschaftliche Abseits gedrängt. Nicht nur der wirtschaftliche Druck wächst mit den stetig sinkenden Preisen für Milch, Fleisch und Getreide. Seit dem Regierungswechsel stehen die Landwirte zunehmend im Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik. Immer öfter werden Hofbetreiber als Tierquälerei und Umweltverschmutzer beschimpft.

Rückendeckung vom grünen Landwirtschaftsminister erhalten sie dabei so gut wie keine. Einziger Ansprechpartner in individuellen Notsituationen bleiben oft die Sorgentelefone für landwirtschaftliche Familien. Doch obwohl der Beratungsbedarf nachweislich gestiegen ist, werden diese ehrenamtlichen Organisationen vom grünen Landwirtschaftsministerium nur halbherzig unterstützt.

Landwirtschaftsfamilien in Not werden mit Zynismus abgespeist

Die Sorgentelefone bieten mit 35 speziell geschulten ehrenamtlichen Mitarbeitern an drei Standorten kostenlose Hilfe bei Problemen jeder Art – schnell, unbürokratisch und anonym. Dass sie immer häufiger helfen müssen, ist für Rot-Grün allerdings kein Grund, die eigene Politik zu hinterfragen. Das geht aus der Antwort des zuständigen Landwirtschaftsministeriums auf eine große Anfrage der CDU-Fraktion deutlich hervor. Der große Zulauf sei lediglich ein Beleg dafür, dass sich die Landwirte und ihre Familien „von den Angeboten angesprochen fühlen und diese annehmen“.

„Die Probleme unserer Landwirte derart schönzureden ist nicht nur zynisch, sondern ein ungeheures Frechheit“, sagt der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Frank Oesterhelweg. „Mit seiner offen zur Schau gestellten Ablehnung der konventionellen Landwirtschaft hat Minister Meyer maßgeblich dazu beigetragen, dass in vielen Dörfern ein Klima des Misstrauens gegenüber den Landwirten entstanden ist. Was viele Landwirte besonders trifft: Auch ihre Kinder werden beschimpft und ausgegrenzt. Eine unerträgliche Situation für die ganze Familie.“

Mehr Anerkennung für Landwirte dringend nötig

Gerade einmal 40.000 Euro im Jahr sind SPD und Grünen die Beratungsangebote für landwirtschaftliche Familien wert.



Frank Oesterhelweg MdL, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion



Ansprechpartner in der Not: Die Sorgentelefone für landwirtschaftliche Familien.

Foto: dpa

Dabei musste die Landesregierung in ihrer Antwort auf Anfrage der CDU-Fraktion selbst einräumen, dass die Gelder kaum ausreichen, um Aufwandsentschädigungen und psychologische Fortbildungen der Mitarbeiter zu finanzieren – ihre Fahrtkosten müssen die Ehrenamtlichen sogar vollständig selbst zahlen. Dennoch sollen künftig nur 5.000 Euro mehr zur Verfügung stehen. „Von den Betreibern der Sorgentelefone wissen wir, dass für jeden Standort mindestens 7.000 Euro zusätzlich gebraucht werden. Wertschätzung für die Arbeit der Ehrenamtlichen und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Problemen der Landwirte sieht anders aus“, betont Oesterhelweg. Die CDU-Fraktion fordert in ihrem Haushaltsentwurf 2016 deshalb, den bisherigen Betrag auf 85.000 Euro aufzustocken.

Eine bessere Finanzierung würde den Sorgentelefonen zwar etwas mehr Luft verschaffen, die Ursache für die steigende Zahl der Anrufe kann Geld allein nicht beseitigen: das zerrüttete Verhältnis zwischen schlecht informierten Teilen der Gesellschaft, den Landwirten und der Landesregierung. Ein Zustand, der die Zukunft vieler Betriebe gefährden kann. „Wenn Landwirte weiter durch diese Regierung an den Pranger gestellt werden nimmt ihnen das jede Planungssicherheit und Perspektive. Dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn bald auf vielen Höfen keine Nachfolger mehr bereitstehen“, sagt Oesterhelweg. „Niedersachsens Landwirte, Tierhalter und die gesamte Ernährungswirtschaft leisten mit großem Engagement einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag – dafür verdienen sie Wertschätzung. Das muss wieder im Mittelpunkt stehen. Dafür muss sich Minister Meyer jetzt endlich einsetzen.“

FRAKTION UNTERWEGS

VOM BÜRGERSCHRECK ZUM ERFOLGSPROJEKT

Besuch bei Boehringer Ingelheim in Hannover-Kirchrode

Als 2009 Pläne des Pharmaunternehmens Boehringer Ingelheim zum Bau eines Forschungszentrums für Tierimpfstoffe in Hannover-Kirchrode bekannt wurden, schrillten bei vielen Hannoveranern die Alarmglocken. Schnell war von Massentierhaltung und Tierversuchen in direkter Nähe zum Wohngebiet die Rede und das Projekt entwickelte sich zum umstrittensten Neubau der jüngeren Stadtgeschichte. Tierschützer und Anwohner formierten sich zu einer Bürgerinitiative, um den Bau der Anlage zu verhindern. Heute kann der Laborbau als Musterbeispiel für einen erfolgreichen Dialog von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft dienen. Geglückt ist die Ansiedlung vor allem, weil das Unternehmen nicht nur zu umfassender Transparenz, sondern auch zu Kompromissen bereit war.

Auf den ersten Blick mag nichts abwegiger klingen als inmitten eines Wohngebiets mit Impfstoffen an 1.000 Schweinen zu experimentieren. Doch tatsächlich ist die Ansiedlung ein Glücksfall für den Wissenschaftsstandort Niedersachsen. „Sowohl das Pharmaunternehmen als auch die Tierärztliche Hochschule Hannover (TiHo) profitieren davon, in direkter Nachbarschaft gemeinsam arbeiten und forschen zu können“, sagt der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dirk Toepffer, der sich bei einem Besuch der Forschungseinrichtung von den Vorzügen des Unternehmenssitzes überzeugen konnte. „Auch das Ziel, durch neue Impfstoffe den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung zu reduzieren und damit Niedersachsens Führungsrolle auf diesem Gebiet weiter auszubauen, hat für das Projekt in ungewöhnlicher Lage gesprochen.“

Um Ängste in der Bevölkerung abzubauen, setzte das Unternehmen von Anfang an auf absolute Transparenz und den Dialog mit der Bevölkerung. So wurde beispielsweise klargestellt, dass die Tiere die Anlage nicht lebend verlassen und auch die Kadaver am Standort umweltverträglich entsorgt werden. Auf diese Weise können keine Keime nach außen gelangen. „Ein wichtiger Faktor. Neben der Sorge um die artgerechte Haltung der Tiere oder eine mögliche Geruchsbelästigung hat die Menschen vor allem die Angst umgetrieben, dass gefährliche Keime freigesetzt werden könnten“, sagt Toepffer. Diese Sorgen konnte das Unternehmen in zahlreichen Informationsveranstaltungen ausräumen.

In anderen Punkten zeigte sich der Betreiber zu Zugeständnissen bereit, wie Toepffer erläutert: „In einem gerichtlichen Vergleich mit den Anwohnern verzichtete Boehringer Ingelheim darauf auch solche Viren zu testen, die nicht in Europa vorkommen, wie etwa eine besonders aggressive China-Variante eines Schweinevirus – dabei wäre dies durch die Genehmigung durchaus abgedeckt gewesen.“ Darüber hinaus übernahm der Konzern die Prozesskosten und verpflichtete sich zu einem langfristigen Bürgerdialog.

Heute bescheinigen regelmäßige Kontrollen dem Unternehmen tiergerechte Bedingungen. Den Schutz der Umwelt vor Keimen, Viren und Gestank stellt ein ausgeklügeltes System aus Hygieneschleusen und Filteranlagen sicher. „Letztlich hat sicherlich auch die Tatsache, dass statt der befürchteten 1.000 zu keinem Zeitpunkt mehr als 350 Schweine in der Forschungseinrichtung gehalten werden, die Gemüter nachhaltig beruhigt“, sagt Toepffer.

Für den Wissenschaftsstandort Niedersachsen stellt die geglückte Ansiedlung des Forschungszentrums nach wie vor einen Glücksfall dar. „Studenten der TiHo haben die Möglichkeit mit den Biologen des Pharmakonzerns gemeinsame Patente für Impfstoffe zu entwickeln. Ein besserer Praxisbezug im Studium ist kaum möglich und in Deutschland eine echte Seltenheit“, sagt Toepffer. „Am Beispiel Boehringer Ingelheim wird deutlich, wie wichtig der Austausch mit den Bürgern ist, wenn eine gewerbliche Ansiedlung in direkter Nachbarschaft zu einem Wohngebiet heute erfolgreich sein soll.“



Überzeugte sich vor Ort von den Vorteilen des ungewöhnlichen Forschungsstandortes: Fraktionsvize Dirk Toepffer (mitte) mit Dr. Konrad Stadler, Leiter Impfstoffentwicklung (links) und Friedolin Nöker, Leiter Standort Hannover (rechts).

TERMINE

14. – 17. Dezember
Plenum des Niedersächsischen Landtags

23. Dezember 2015 – 6. Januar 2016
Weihnachtsferien in Niedersachsen

IMPRESSUM

Herausgeber:
CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:
Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:
Anna Anding
Dr. Eike Frenzel
Sabine Busse
Philip Ossenkopp
Telefon (05 11) 3030-4119

bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook
<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>